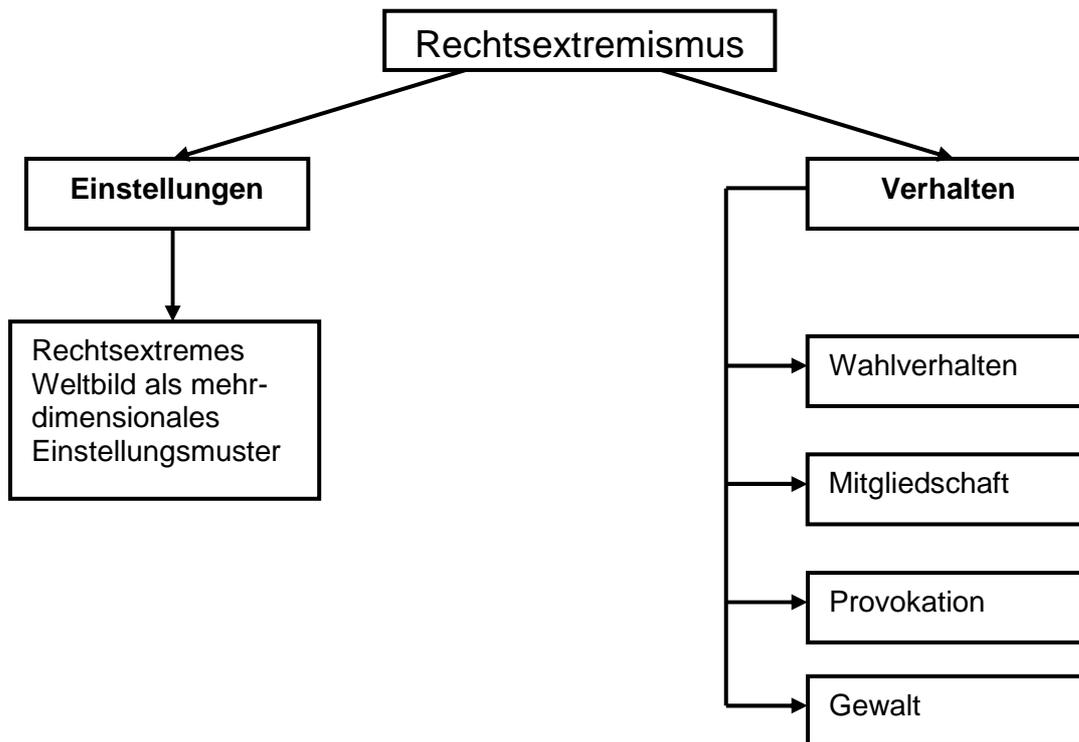


Dietmar Molthagen

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

Für eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist als erster Schritt eine Differenzierung in Einstellung und Verhalten nötig. Beides gehört zum Phänomen Rechtsextremismus, beides zeigt aber ebenso unterschiedliche Ausprägungen wie es verschiedene Gegenstrategien erfordert. In Deutschland wird meistens dann Rechtsextremismus als Problem wahrgenommen und öffentlich diskutiert, wenn besonders spektakuläres rechtsextremes Verhalten stattgefunden hat – also ein Wahlerfolg einer rechtsextremen Partei oder eine besonders schreckliche Gewalttat. Demgegenüber werden rechtsextreme Einstellungen und ihr Verbreitungsgrad in der Bevölkerung eher selten Gegenstand der öffentlichen Debatte. Dies ist zu bedauern, da jeder rechtsextremen Handlung die entsprechenden Einstellungen zu Grunde liegen, die Einstellungen somit das Fundament und gewissermaßen der Kern des Problems sind. Zudem sind rechtsextreme Einstellungen weit über den Kreis der organisierten Rechtsextremisten hinaus verbreitet. Dies ist zwar durch Studien seit den 1980er-Jahren bekannt, aber im öffentlichen Bewusstsein nicht verankert. Umgekehrt gilt die Gleichung übrigens nicht: Längst nicht jede rechtsextrem eingestellte Person handelt in Deutschland auch nach diesen Einstellungen – wäre dies anders, hätte Deutschland ein weitaus größeres Rechtsextremismusproblem als ohnehin schon.

Abbildung 1: Unterscheidung von rechtsextremer Einstellung und rechtsextremen Verhalten. Nach Stöss 2007: S. 27.



Der vorliegende Artikel setzt sich mit rechtsextremen Einstellungen auseinander. Grundlage ist eine im Jahr 2006 von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene bundesweite Repräsentativbefragung zu dieser Frage. Die Studie wurde von den Wissenschaftlern der Universität Leipzig Dr. Oliver Decker, Prof. Dr. Elmar Brähler und Norman Geißler durchgeführt und ist im November 2006 unter dem Titel „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“ von der Friedrich-Ebert-Stiftung publiziert worden. Der Autor dieses Artikels fungierte dabei als Herausgeber. Im Rahmen dieser Studie wurden knapp 5 000 repräsentativ ausgewählte Bundesbürger/innen nach ihren politischen Meinungen befragt. Die Studie steht im Internet unter www.fes.de/rechtsextremismus/Inhalt/mat/htm zum Download zur Verfügung.

Die Dimensionen rechtsextremen Denkens und das Ausmaß ihrer Verbreitung in Deutschland

Rechtsextremes Denken unterteilt sich in der Definition der Wissenschaft in sechs Dimensionen (Stöss 2007: S. 61):

- Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur,
- Chauvinismus,
- Ausländerfeindlichkeit,
- Antisemitismus,
- Sozialdarwinismus,
- Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Gemessen werden rechtsextreme Einstellungen, indem man den Befragten zu jeder Dimension drei Aussagen vorlegt, denen die Befragten dann voll und ganz oder überwiegend zustimmen können, es gibt eine mittlere Antwortmöglichkeit „teil/teils“ und die Möglichkeit die Möglichkeit, die Aussage überwiegend oder voll und ganz abzulehnen. Stimmt eine Person allen drei Aussagen einer Dimension rechtsextremen Denkens mindestens überwiegend zu, dann wird diese Person als entsprechend eingestellt gewertet. Eine einzige ausländerfeindliche Aussage reicht also beispielsweise nicht aus, um in dieser Studie als ausländerfeindlich eingestellt zu gelten. Äußert sich eine Person aber in allen drei Aussagen ausländerfeindlich, gehen wir von einer entsprechenden Einstellung aus. Das ist eine vergleichsweise vorsichtige Erhebung rechtsextremer Einstellungen, entsprechend kann davon ausgegangen werden, dass das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen mindestens so groß ist, wie in der FES-Studie beschrieben.

Nicht jede ausländerfeindlich eingestellte Person ist nun automatisch gleich rechtsextrem, sondern eben ausländerfeindlich. Sie zeigt damit aber eine Affinität zu einem Teilbereich des rechtsextremen Denkens – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Nur bei Personen, die allen sechs Dimensionen zuneigen, spricht man von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild. Dieses weisen je nach Studie und Art der Erhebung rechtsextremen Denkens zwischen 8 und 15 Prozent der deutschen Bevölkerung (Stöss 2007: S. 62-66) auf, im Falle der FES-Studie „Vom Rand zur Mitte“ waren es 8,6% der Befragten (Decker, Brähler 2006: S. 133). Egal ob man eher den höheren oder den niedrigeren Werten Glauben schenkt, ist diese Zahl eindeutig höher als die der Angehörigen des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland (laut Verfassungsschutzbericht derzeit rund 40 000 Personen oder ca. 0,05 Prozent der Bevölkerung, BMI 2007: S. 50) oder die der Wähler rechtsextremer

Parteien (bei der Bundestagswahl 2005 1,9 Prozent der Zweitstimmen für NPD und Republikaner zusammen).

Die Ermittlung eines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes ist wissenschaftlich kompliziert. Daher sollte man dieser Größe gegenüber vorsichtig sein. Wichtiger als die Frage nach dem Personenpotenzial mit geschlossenem rechtsextremen Weltbild ist die Erkenntnis, dass einzelne Bestandteile des rechtsextremen Denkens in weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert werden, an erster Stelle die Ausländerfeindlichkeit. Die Studie der Universität Leipzig im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung ergab im Jahr 2006 einen Anteil von 26,7 Prozent der Bevölkerung, die ausländerfeindlich eingestellt sind. Das bedeutet also mehr als jeder vierte Deutsche denkt ausländerfeindlich (Decker, Brähler 2006: S. 43). Anders konzipierte Studien wie die jährlichen Untersuchungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unter der Leitung von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld ermitteln sogar noch höhere Werte bei Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Heitmeyer 2006: S. 23f.).

Ebenfalls hohe Zustimmungswerte zeigte sich in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung für chauvinistisch-nationalistische Gedanken (19,3 Prozent) und für Antisemitismus (8,4 Prozent), niedrigere Werte erreichten die Dimensionen Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (4,8 Prozent), Sozialdarwinismus (4,5 Prozent) und Verharmlosung des Nationalsozialismus (4,1 Prozent).

Tabelle 1: Rechtsextreme Einstellungen in West- und Ostdeutschland, Herbst 2006 (in Prozent)

	Gesamt	West	Ost
Befürwortung Diktatur	4,8	4,4	6,5
Chauvinismus	19,3	20,1	16,1
Ausländerfeindlichkeit	26,7	25,7	30,6
Antisemitismus	8,4	9,5	4,2
Sozialdarwinismus	4,5	4,0	6,2
Verharmlosung Nationalsozialismus	4,1	4,6	2,0

Quelle: Decker, Brähler 2006: S. 47.

An diesem Endergebnis der Studie „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“ sind bereits zwei Dinge ablesbar: Erstens ist Rechtsextremismus kein ostdeutsches Phänomen. Die Werte zwischen alten und neuen Bundesländern unterscheiden sich in den einzelnen Dimensionen, aber die westdeutschen Werte sind ebenfalls hoch. Die Wahrnehmung von Rechtsextremismus als „Ost-Problem“ ist somit falsch. Es stimmt, dass rechtsextreme Handlungen bezogen auf die Bevölkerungsanzahl überdurchschnittlich häufig – aber längst nicht ausschließlich – in den neuen Bundesländern auftreten (BMI 2007: S. 32) rechtsextreme Einstellungen aber finden sich in ähnlich hohem Ausmaß in Ost- und Westdeutschland. Zweitens zeigt ein Vergleich dieser Resultate mit früheren Untersuchungen, dass die Zustimmungswerte zu den einzelnen Dimensionen rechtsextremen Denkens nur leicht schwanken. Man kann daran erkennen, dass sich rechtsextremes Denken in der deutschen Bevölkerung verfestigt hat. Ausländerfeindliche oder antisemitische Einstellungen sind offensichtlich nicht abhängig von bestimmten politischen Ereignissen, sondern sind dauerhaft verankert. Das bedeutet, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus eine ebenso dringende wie dauerhafte Aufgabe in Deutschland darstellt

Welche Personengruppen denken rechtsextrem?

Wenn man genauer untersucht, welche Personengruppen rechtsextreme Einstellungen aufweisen, zeigt sich eine Verbreitung rechtsextremer Gedanken in Ost- wie Westdeutschland, bei Menschen aller Altersgruppen, bei Männern wie bei Frauen, bei Gewerkschafts- und Kirchenmitgliedern sowie unter den Wähler/innen aller Parteien (Decker, Brähler 2006: S. 42–57). Diese Erkenntnis allgemeiner Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist bedeutsam, um zwei weiteren weitverbreiteten Fehleinschätzungen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus entgegenzutreten: Rechtsextremismus ist kein reines Jugendphänomen und findet sich nicht nur bei den ökonomisch benachteiligten Mitgliedern der Gesellschaft. Beide Fehleinschätzungen entstammen erneut einer Verkürzung der Problemwahrnehmung auf rechtsextreme Handlungen. Es stimmt, dass diese nahezu ausschließlich von jungen Täter/innen begangen werden.

Bezogen auf rechtsextreme Einstellungen zeigt ein Vergleich der Altersgruppen, dass die Älteren (>60 Jahre) sogar stärkere rechtsextreme Einstellungen aufweisen als die Jüngeren (14–30 Jahre), und obwohl rechtsextreme Straftäter und das Führungspersonal in rechtsextremen Organisationen ganz überwiegend männlich ist, sind Frauen nur etwas geringer rechtsextrem eingestellt als Männer.

Tabelle 2: Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von Alter und Geschlecht (in Prozent)

	14–30 Jahre	31–60 Jahre	über 60 Jahre	Männer	Frauen
Befürwortung Diktatur	4,9	4,6	5,2	6,4	3,5
Chauvinismus	16	18,9	22	21,7	17,1
Ausländerfeindlichkeit	22,6	24,7	32,7	28,5	25,2
Antisemitismus	7,1	7,9	10,2	9,7	7,3
Sozialdarwinismus	3,5	4,4	5,2	5,5	3,6
Verharmlosung Nationalsozialismus	3,3	4,0	4,6	5,1	3,1

Quelle: Decker, Brähler 2006: S. 48 und 50.

Schaut man auf den Bildungsgrad und den Erwerbsstatus, zeigen sich Menschen mit niedrigerer formaler Bildung anfälliger für rechtsextreme Einstellungen. Arbeitslose zeigen überdurchschnittliche Werte. Aber auch Rentner/innen weisen korrespondierend zu den hohen Werten der älteren Mitbürger/innen hohe Werte und die große Mehrheit der erwerbstätigen Mitglieder unserer Gesellschaft sind nur leicht unterdurchschnittlich rechtsextrem eingestellt. Und die Universitätsabsolventen weisen zwar vergleichsweise niedrige Werte auf, aber eben auch jeder achte Absolvent ist ausländerfeindlich eingestellt.

Tabelle 3: Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von Erwerbsstatus und Bildungsabschluss (in Prozent)

	Ausbildung/ Wehrdienst	Hausfrau/ -mann	Erwerbs- tätig	Arbeitslos	Ruhestand	Schule	Studium

Befürwortung Diktatur	3,7	3,6	4,2	11,9	5,2	5,2	2,8
Chauvinismus	13,4	13,5	18,0	24,9	23,4	20,6	11,2
Ausländerfeindlichkeit	20,4	22,8	23,2	37,2	33,2	29,1	12,3
Antisemitismus	6,2	9,3	7,6	10,8	9,7	9,2	4,1
Sozialdarwinismus	2,9	2,3	4,3	6,3	5,5	4,8	2,2
Verharmlosung Nationalsozialismus	2,2	3,4	3,6	8,2	4,8	4,3	2,8

Quelle: Decker, Brähler 2006: S. 48 und 50.

Insgesamt ergibt die Studie der Leipziger Wissenschaftler Decker und Brähler, dass rechtsextremes Gedankengut sich nicht nur am Rand der Gesellschaft findet, sondern in allen Bevölkerungsgruppen, Bundesländern und Generationen. Rechtsextremismus ist somit ein Problem, dass sich vom Rand in die Mitte der Gesellschaft verlagert hat.

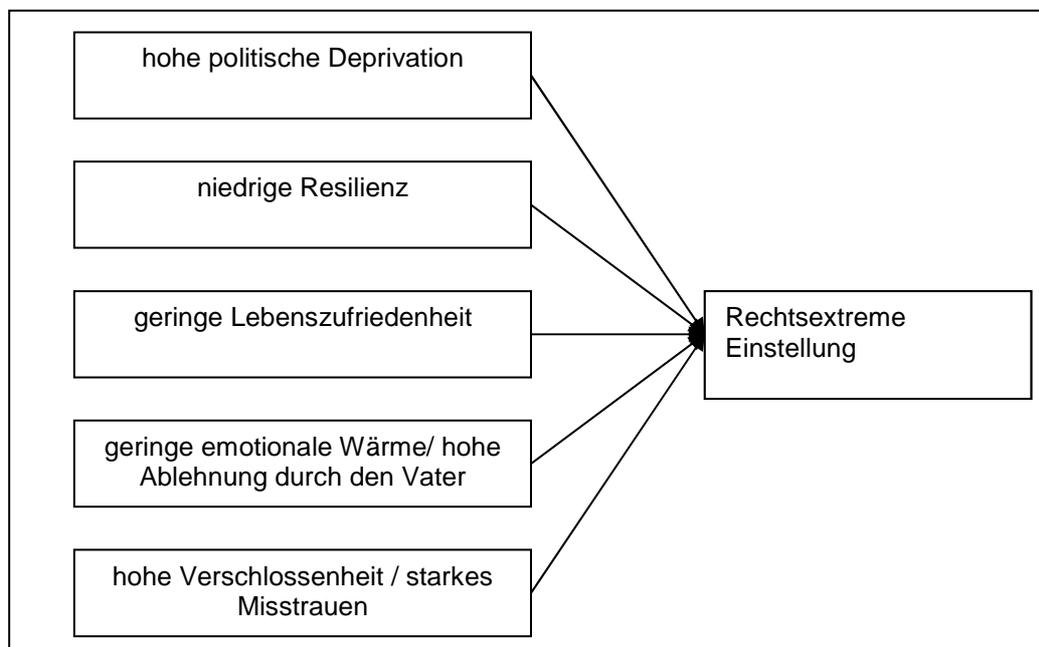
Einflussfaktoren für rechtsextreme Einstellungen

Die starke Verbreitung rechtsextremen Denkens in Deutschland wirft die Frage auf, welche Faktoren zu diesen Einstellungen beigetragen haben. Grundsätzlich gilt dabei, dass es nicht eine einzelne Erklärung gibt, sondern dass jeweils das Zusammenspiel verschiedener Faktoren zur Herausbildung rechtsextremer Einstellungen führt. Im Rahmen der Studie „Vom Rand zur Mitte“ wurden einige besonders bedeutsame Einflussfaktoren ermittelt (Decker, Brähler 2006: S. 85-117).

Persönlichkeitsmerkmale und Sozialisationserfahrungen spielen eine wichtige Rolle bei der Herausbildung politischer Einstellungen. Rechtsextreme Einstellungen fanden sich am stärksten bei Menschen, die eher verschlossen und misstrauisch sind und zudem insbesondere seitens des Vaters geringe emotionale Wärme und Anerkennung erfahren haben. Einen ähnlich hohen Einfluss des Erziehungsverhaltens der Mutter ergab die Studie nicht.

Ein weiterer wichtiger Einflussfaktor für rechtsextreme Einstellungen ist die mangelnde Fähigkeit, individuelle Krisensituationen konstruktiv zu bewältigen, der Fachbegriff dafür lautet niedrige Resilienz. Weiterhin ergab die Studie eine geringere Lebenszufriedenheit der Menschen mit rechtsextremen Einstellungen. Das bedeutet, dass es eben nicht unbedingt die benachteiligten oder ärmsten Mitglieder der Gesellschaft rechtsextrem eingestellt sind, sondern diejenigen, die mit ihrer Lage besonders unzufrieden sind. Diese Personen können dabei durchaus in gesicherten materiellen Verhältnissen leben. Ein interessantes Ergebnis ist auch die hohe Bedeutung politischer Deprivation. Dieser Fachbegriff meint das Gefühl, politisch einflusslos zu sein. Dieser Eindruck, man selbst habe gar keine Einflussmöglichkeiten auf die Politik zeigte sogar einen größeren Einfluss auf die Herausbildung rechtsextremer Einstellungen als das Gefühl wirtschaftlicher Benachteiligung (Fachbegriff: wirtschaftliche Deprivation). Anders gesagt: Das Gefühl, von politischen Entscheidungsprozessen abgekoppelt zu sein treibt Menschen stärker zu rechtsextremen Einstellungen als die Sorge vor dem Arbeitsplatzverlust.

Abbildung 2: Wichtige Einflussfaktoren für rechtsextreme Einstellungen



Quelle: Decker, Brähler 2006: S. 85-127.

Die fünf genannten Faktoren sind bei weitem nicht die einzigen Einflussfaktoren für rechtsextreme Einstellungen und keiner kann allein erklären, warum ein Mensch rechtsextrem denkt. Aber sie geben Anhaltspunkte dafür, unter welchen

Bedingungen Menschen zu rechtsextremen Einstellungen neigen und sollten daher bei der Entwicklung von Gegenstrategien berücksichtigt werden.

Strategien zum Umgang mit rechtsextremen Einstellungen

In der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen muss zwischen verschiedenen Zielen differenziert werden, die in der Diskussion oftmals durcheinandergelassen werden. Ein Ziel ist die Vermeidung einer gesellschaftlichen Akzeptanz rechtsextremer Positionen und damit die Verhinderung eines weiteren Ausbreitens und politischer Folgen dieser Einstellungen. Man kann dies als defensive Strategie bezeichnen, die nicht die Einstellungen selbst, sondern deren Folgen und vor allem deren Verbreitung bekämpfen will. Ein anderes Ziel ist die tatsächliche Veränderung der Einstellungen selbst, also die individuelle Abkehr von rechtsextremen und die Hinwendung zu demokratischen Positionen. Diese offensive Strategie ist weitaus schwieriger und nur langfristig zu realisieren.

Um eine Ausbreitung rechtsextremer Gedanken zu verhindern, sind die öffentlichen Aussagen von Meinungsführer/innen – insbesondere Politiker/innen – von entscheidender Bedeutung. Daher ist es so bedeutsam, dass in der öffentlichen Auseinandersetzung mit sozialen Missständen, gesellschaftlichen Integrationsdefiziten oder Reformen des Sozialstaats eine Ethnisierung der Konflikte ebenso strikt vermieden wird wie jeglicher Ungleichwertigkeitsdiskurs. Gedanken der Ungleichwertigkeit von Menschen, etwa die Höherwertigkeit von Erwerbstätigen gegenüber Hartz-IV-Empfänger/innen oder die von deutschen im Vergleich zu ausländischen Arbeitnehmer/innen, bedeuten letztlich eine Legitimierung des rechtsextremen Grundparadigmas, Menschen seien unterschiedlich wertvoll. Dem steht die bedingungslose Menschenwürde in Artikel 1 des Grundgesetzes klar entgegen.

Zudem hat sich die soziale Ächtung von Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und anderen rechtsextremen Ungleichwertigkeitsvorstellungen insgesamt als erfolgreich zur Bekämpfung des Rechtsextremismus erwiesen und sollte daher beibehalten werden. Auch symbolische Akte wie Gegendemonstrationen, Lichterketten gegen

Fremdenfeindlichkeit oder Solidaritätsbekundungen für Opfer rechtsextremer Gewalt haben in diesem Zusammenhang eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Gerade weil nicht geringe Teile der Bevölkerung Bestandteile rechtsextremen Denkens – insbesondere die Ausländerfeindlichkeit – teilen, ist es bedeutsam, dass die Selbstverständigung der Gesellschaft als demokratisch und tolerant immer wieder erneuert wird.

Um ein schleichendes Vordringen rechtsextremer Einstellungen in politische Diskurse zu verhindern, ist auch eine Erklärung und Legitimierung demokratischer Positionen nötig, damit die Bürger/innen die Unterschiede zwischen rechtsextremem und demokratischem Denken erkennen können. Dies bedeutet gerade auf kommunalpolitischer Ebene eine – möglicherweise neue – Notwendigkeit, Vorgänge und Entscheidungen zu begründen. Die Begründung von Entscheidungen mit langjähriger unhinterfragter Praxis ist eben keine demokratische Legitimation und reicht in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht aus.

Zur langfristigen Veränderung von politischen Einstellungen ist Bildung nach wie vor das wirksamste Mittel. Wie viele andere Studien auch ergab die Studie „Vom Rand zur Mitte“ signifikant niedrigere rechtsextreme Einstellungen bei Menschen mit höherer formaler Bildung (Decker, Brähler 2006: S. 47). Allerdings ist Bildung allein kein Allheilmittel, da sich eben auch unter höher gebildeten Menschen rechtsextreme Einstellungen finden. Aber auch die Erfahrungen in der politische Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen, dass Bildungsbedarf in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus besteht. Daneben ist aber auch Bedarf nach politischem Grundwissen zu erkennen, etwa zu den Verfahrensweisen der parlamentarischen Demokratie wie sie im deutschen Grundgesetz festgeschrieben sind. Bildung verstanden als reine Wissensvermittlung wird jedoch in aller Regel keine Einstellungsänderungen bewirken können. Dafür ist Erfahrungswissen nötig, ein rein kognitives Wissen reicht dazu meist nicht aus. Das bedeutet, dass Menschen positive Erfahrungen mit der Demokratie machen müssen, um auch demokratische Einstellungen (wieder) zu erlangen. Ein Schlüssel dazu können Partizipationsverfahren sein. Methoden dafür liegen vor und sind in der Praxis erprobt, wie beispielsweise die Planungszelle, Bürger- oder Zukunftskonferenzen (Dienel 2002, Molthagen 2006). Wo Bürger/innen an der politischen Willens- und

Entscheidungsfindung beteiligt werden, machen sie die Erfahrung, gefragt und gebraucht zu werden, was sich positiv auf ihre Motivation zur Unterstützung der Mitwirkung garantierenden Demokratie auswirkt. Zugleich lernen Bürger/innen in solchen Verfahren Grundprinzipien der demokratischen Politik kennen, wie etwa die komplizierte Kompromissfindung in heterogenen Gruppen mit verschiedenen Interessen. Derartige Selbstwirksamkeitserfahrungen sind die Voraussetzung für Einstellungsänderungen und damit für die Zurückdrängung rechtsextremer Einstellungen.

Fazit

Rechtsextreme Einstellungen sind in Deutschland weit verbreitet. Sie finden sich in allen Bevölkerungsgruppen, in allen Regionen und Altersgruppen. Somit sind rechtsextreme Einstellungen kein Randphänomen der deutschen Gesellschaft, sondern ein Problem in der Mitte der Gesellschaft. Entsprechend lautete der Titel der hier kurz skizzierten Studie „Vom Rand zur Mitte“. Gerade die Ausländerfeindlichkeit als die am weitesten verbreitete Dimension rechtsextremen Denkens ist gegenwärtig ein Problem für das demokratische und tolerante Miteinander in Deutschland. Dass das vorhandene rechtsextreme Potenzial in Deutschland – entgegen vieler europäischer Nachbarstaaten – bisher noch nicht von einer Partei ausgeschöpft werden konnte, darf kein Grund zur Entwarnung sein. Die vielen Projekte gegen Rechtsextremismus auf lokaler und überregionaler Ebene verdienen Unterstützung, da sie Grundlagen unseres Zusammenlebens gegen die Herausforderung von rechtsaußen verteidigen. Über die Rechtsextremismusprojekte hinaus stellt sich jedoch die Frage an alle demokratischen Kräfte und an alle Institutionen der Gesellschaft, wie das Gefühl politischer Einflusslosigkeit überwunden, Ausländerfeindlichkeit verringert und Engagement für Demokratie und Menschenrechte gefördert werden kann.

2008

Literatur

BMI – Bundesministerium des Innern (Hg.): Verfassungsschutzbericht 2006. Berlin 2007.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (unter Mitarbeit von Norman Geißler): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Hrsg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2006.

Dienel, Peter C.: Die Planungszelle. Der Bürger als Chance. 5. Aufl., Wiesbaden 2002.

Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein normaler Dauerzustand? In: Ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Band 5, Frankfurt/Main 2006, S. 15-36.

Molthagen, Dietmar: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Organisation und Durchführung der Bürgerkonferenz zum Thema Rechtsextremismus. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Die Ursachen von Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien der Politik. Dokumentation einer Bürgerkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung März-Mai 2006. Berlin 2006, S. 59-76.

Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel. 2. Auflage. Berlin 2007.

Hinweis:

Der vorliegende Text basiert auf einem gleichnamigen Aufsatz des Autors, der erschienen ist in dem Sammelband

Dietmar Molthagen, Andreas Klärner, Lorenz Korgel, Bettina Pauli, Martin Ziegenhagen (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch Gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie